



Anträge

**zur Landesvertreter*innenversammlung
der SPD Baden-Württemberg
in Tuttlingen**

22. September 2018

Berichterstatter*innen

| Antragsbereich | Berichterstatter*innen | Seite |
|--|--|--------------|
| Europa | Ralf Spörkel Dorothea Kliche-Behnke Gabi Rolland Florian Wahl | 3 |
| Resolutionen und Initiativanträge | Dorothea Kliche-Behnke Daniel Born | |
| Geschäftsordnung der Antragskommission | | 21 |
| Mitglieder der Antragskommission | | 22 |

Europa

Antragsbereich EUR/ Antrag 1

Kennnummer 13891

Landesverband Baden-Württemberg

Für ein Europa der Menschen

Für ein Europa der Menschen

Unsere Vision – Die Vereinigten Staaten von Europa

5

Viele Errungenschaften der Europäischen Union sind heute für uns selbstverständlich - ohne Kontrolle über Grenzen zu gehen, gleiche Rechte zu haben oder in vielen Ländern kein Geld mehr wechseln zu müssen. Junge Menschen studieren selbstverständlich in anderen europäischen Ländern, die Arbeitsmärkte sind offen. Ähnlich selbstverständlich ist es, über die Bürokratie der Europäischen Union zu lachen oder sich über deren Auswüchse zu ärgern. Während die positiven Selbstverständlichkeiten für die meisten Menschen nicht mehr wegzudenken sind, versagt die Europäische Union aus Sicht vieler dabei, eine gemeinsame europäische Vision für die Zukunft zu entwickeln. In schwierigen Zeiten verzetteln sich die Nationalstaaten in zum Teil nationalistischen Alleingängen, anstatt um Lösungen auf der Ebene zu ringen, die als einzige die Instrumente hat, sich den globalen Herausforderungen zu stellen: Der Europäischen Union. Wir sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Wir sind uns sicher, dass nur eine starke EU, in Zeiten von Trump und einem immer stärker werdenden China, die Kraft hat, unsere sozialen Errungenschaften zu erhalten. Dafür müssen wir gemeinsam in Europa kämpfen - in einem Bündnis von Staaten, die gemeinsam für ein gerechtes und soziales Europa kämpfen.

30

35

Für ein Europa der Menschen

Annahme in Fassung der Antragskommission

Viele Errungenschaften der Europäischen Union sind heute für uns selbstverständlich – ohne Kontrolle über Grenzen zu gehen, gleiche Rechte zu haben oder in vielen Ländern kein Geld mehr wechseln zu müssen. Junge Menschen studieren selbstverständlich in anderen europäischen Ländern, die Arbeitsmärkte sind offen. Wir betrachten mit Sorge, dass viele dieser vermeintlichen Selbstverständlichkeiten in Europa in Frage gestellt werden. Zugleich gelingt es bislang nicht in ausreichendem Maße eine gemeinsame europäische Vision für die Zukunft zu entwickeln. In schwierigen Zeiten verzetteln sich die Nationalstaaten immer wieder in Alleingängen oder befördern gar Nationalismus, anstatt um Lösungen auf der Ebene zu ringen, die in Zukunft als einzige die Möglichkeiten hat, sich den globalen Herausforderungen zu stellen: der Europäischen Union. Wir sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Wir wissen, dass angesichts der weltpolitischen Herausforderungen nur eine starke EU die Kraft hat, unsere Errungenschaften zu erhalten. Dafür müssen wir in Europa kämpfen - in einem Bündnis von Staaten, die gemeinsam für ein gerechtes und soziales Europa eintreten.

In was für einem Europa wollen wir leben?

40

Die Beantwortung dieser Frage scheint drängender denn je. Anti-europäische Kräfte gewinnen an Zuspruch, erstmalig verlässt ein Mitglied die Staatengemeinschaft und gemeinsame europäische Werte wie Humanität und Solidarität scheinen an Strahlkraft zu verlieren. Gleichzeitig stimmen pro-europäische Impulse wie die der französischen Regierung oder der vielen pro-europäischen Bewegungen hoffnungsvoll. „Für Europa – ohne Wenn und Aber“ muss auch unser Leitmotiv lauten!

45

50

Die gegenwärtigen Herausforderungen für unser Europa sind vielfältig. Die Jugend-arbeitslosigkeit nimmt jungen Menschen Hoffnung und Perspektive für die Zukunft. Die Migrationspolitik besitzt das Potential unsere Gesellschaften zu spalten. Der fortschreitende Klimawandel bedroht auch unseren Kontinent und durch Umweltverschmutzung und schonungslosen Ressourcenabbau entledigen wir uns unserer eigenen Lebensgrundlagen.

55

60

Sich diesen Herausforderungen zu stellen und mit einer Politik der nachhaltigen Entwicklung – sowohl in ökonomischer, sozialer als auch in ökologischer Hinsicht – für ein starkes Europa zu kämpfen, muss Antrieb und Motivation für die SPD als Europapartei sein.

65

Nachhaltige Entwicklung heißt dabei, sowohl den Bedürfnissen gegenwärtiger als auch künftiger Generationen Rechnung zu tragen. Es geht um Generationengerechtigkeit und den sozialen Zusammenhalt unserer europäischen Gesellschaft. Für eine nachhaltige Entwicklung unseres Kontinents muss sich die europäische Politik an den völkerrechtlichen Verpflichtungen aus der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und dem Pariser Klimaabkommen ausrichten. Dazu gehört auch, dass wir europaweit einheitliche Sozialstandards schaffen, den Kampf gegen Ungleichheiten aufnehmen, wir die sozialen Sicherungssysteme auch für die nächsten Generationen zukunftsfest machen sowie mit einer ambitionierten Klima- und Umweltpolitik den Raubbau an unserem Planeten stoppen. Es bedarf Investitionen in unsere Jugend und einer umsichtigen Migrationspolitik.

70

75

80

85

Wir wollen ein starkes Europa auch für die künftigen Generationen. Mit sozialdemokratischer Politik wollen wir unsere Gemeinschaft in eine friedliche, sozial gerechte und nachhaltige Zukunft führen.

90

Der Weg zu unserem Europa der Zukunft, zu den Vereinigten Staaten von Europa, ist lang. Nur wenn die Bürger*innen Europas an eine gemeinsame europäische Zukunft glauben, kann

... ~~Strahlkraft~~ Bindungskraft zu verlieren.

... muss ~~auch~~ unser Leitmotiv lauten!

... Die Migrationspolitik ~~besitzt das Potential~~ wird missbraucht, um unsere Gesellschaften zu spalten. Der fortschreitende Klimawandel bedroht auch unseren Kontinent und durch Umweltverschmutzung und schonungslosen Ressourcenabbau ~~entledigen wir uns unserer~~ zerstören wir unsere eigenen Lebensgrundlagen.

... Es geht um Generationengerechtigkeit die Zukunftsperspektiven künftiger Generationen ...

der solidarische Staatenverbund gelingen.

95 Für uns ist dabei klar, dass Europa auf diesem Weg beides
braucht: Solidarität und Subsidiarität. Beide Prinzipien gehören
zusammen und bedingen sich gegenseitig. Der gemeinsame
solidarische Zusammenhalt in Europa fußt auf der Bereitschaft,
Entscheidung und Verantwortung jeweils dort zu verankern, wo
sie am besten wahrgenommen werden können. Wir wehren uns
100 aber gegen Subsidiarität als Abwehr gemeinsamer und
konsistenter europäischer Politik ebenso wie, wir eine
fahrlässige Trennung von Haftung und Risiko nicht durch
Solidarität heilen können. In Baden-Württemberg ist die Abwehr
von "mehr Europa" seitens der alten Konservativen in der CDU
105 und der neuen Konservativen um Ministerpräsident
Kretschmann durch eine reflexhafte Verwendung von
Subsidiaritätsbedenken auffällig. Zusammen mit unseren Städten
und Gemeinden, mit dem verfassungsmäßigen Rang unserer
Bundesländer sind wir selbstbewusst in Europa unterwegs und
110 sehen kommunale Selbstverwaltung und konstitutionell verfasste
Regionen als Pfeiler eines Europas an, in dem Subsidiarität und
Solidarität keine Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig
bedingen.

115 In der kommenden Wahlperiode 2019 bis 2024 werden
Sozialdemokrat*innen diejenigen Schritte zur Verwirklichung
unserer Vorstellungen von unserem Europa der Zukunft in dem
Rahmen gehen, den der Lissabonner Vertrag der europäischen
Politik heute setzt: Für ein soziales und gerechtes Europa (1.),
120 für ein Europa, das Schutzort vor Terror und Verfolgung ist, das
das Recht auf Asyl schützt und die Binnengrenzen offen hält (2.)
und für eine Friedensmacht Europa, die dem offenen und fairen
Welthandel verpflichtet ist (3.). Der Lissabonner Vertrag setzt
die Grenzen für eine weitere Fortentwicklung der EU in die
125 Richtung unserer Vision. Um diese Grenzen zu überwinden und
die EU für die nächste Etappe institutionell und inhaltlich fit zu
machen, wollen wir ein europäisches Grundgesetz (4.).

1. Ein soziales und gerechtes Europa

130 Unsere Vision eines sozialen und gerechten Europas baut auf der
Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger Europas auf. Um die
bestehenden Ungleichheiten zwischen den Bürger*innen
unionsweit abzubauen, stehen in unserer Vision gleiche soziale
135 Rechte und der gleiche Zugang zu den sozialen
Sicherungssystemen der Aufenthaltsstaaten für alle
Unionsbürger*innen in der gesamten EU im Mittelpunkt.

140

Seit ihrer Gründung als EWG im Jahr 1957 ist die Europäische
Union mehr als nur eine Wirtschaftsgemeinschaft und ein

... Wir wehren uns aber dagegen, dass der
Gedanke der Subsidiarität seitens der alten
Konservativen in der CDU und der neuen
Konservativen um Ministerpräsident
Kretschmann immer mehr zu Abwehr
gemeinsamer europäischer Politik
missbraucht wird. Die kommunale
Selbstverwaltung und die konstitutionell
verfassten Regionen sind für uns
wesentliche Pfeiler eines starken Europas, in
dem Subsidiarität und Solidarität keine
Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig
bedingen.

Unsere Vision eines sozialen und gerechten
Europas baut auf ~~der~~ dem Grundwert der
Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger
Europas auf. Um die bestehenden
Ungleichheiten zwischen den Bürger*innen
unionsweit abzubauen, stehen in unserer
Vision gleiche soziale Rechte und der
gleiche ~~Zugang zu den sozialen~~
~~Sicherungssystemen der Aufenthaltsstaaten~~
soziale Schutz für alle Unionsbürger*innen
in der gesamten EU im Mittelpunkt.

- 145 Binnenmarkt. Sie steht für stetig steigenden Schutz für ihre Bürger*innen im Binnenmarkt. Der Binnenmarkt verlangt nämlich gleiche Schutzstandards in allen Mitgliedstaaten und nicht das Absinken auf den jeweils niedrigsten.
- 150 Im Europäischen Parlament kämpfen wir Sozialdemokrat*innen für hohe Schutzstandards in der ganzen EU und konnten dabei einige beachtliche Erfolge erzielen. Die EU führte europaweit Verbraucherrechte ein, von denen wir als Verbraucher*innen heute bspw. beim Kauf im Internet, profitieren. Die EU hat
- 155 Gesetze erlassen, die Diskriminierungen untersagen und Schutzstandards für Arbeitnehmer*innen setzen.

So schreibt beispielsweise die Richtlinie über die Leiharbeit seit 2008 den Grundsatz gleichen Lohns bei gleicher Arbeit fest.

- 160 Dass diese Errungenschaften nicht in allen Mitgliedschaften gleichermaßen verwirklicht sind, liegt an den großen Umsetzungsspielräumen, die die Mitgliedstaaten in die Richtlinien hineingeschrieben haben.
- 165 Wir sind uns bewusst, dass wir im Europäischen Parlament zur Erreichung unserer Ziele im Rahmen des derzeit geltenden Lissabonner Vertrags von der Ausübung des Initiativmonopols der Europäischen Kommission abhängen. Damit dieses Initiativmonopol verstärkt im Sinne unserer Forderungen genutzt
- 170 wird, wollen wir eine stärkere Zusammenarbeit unserer Fraktion im Europäischen Parlament mit unseren Kommissar*innen. Wir wollen zudem verstärkt von sog. gesetzgebenden Initiativberichten nach Artikel 225 AEUV Gebrauch machen, mit denen die Kommission vom Europäischen Parlament
- 175 aufgefordert wird, einen Gesetzgebungsvorschlag zu erarbeiten.

... Artikel 225 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union)
Gebrauch machen...

Angleichung der Sozial- und Arbeitsschutzstandards in den Mitgliedstaaten

- 180 Unser Europa der Zukunft werden wir Schritt für Schritt sozialer und gerechter gestalten. Damit das gelingt, wollen wir die Möglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten, von EU-Rechtsakten zu Lasten von Arbeitnehmer*innen abzuweichen, aufheben. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit der
- 185 Mitgliedstaaten, Schutzstandards zu Gunsten von Arbeitnehmer*innen zu heben oder zusätzlich einzuführen. Daneben werden wir neue Regelungen zur Angleichung des Sozial- und Arbeitsschutzes in den Mitgliedstaaten einführen. Ein konkretes Leuchtturmprojekt ist für uns die Festsetzung
- 190 einer rechtlich verbindlichen sozialen Mindestsicherung in ganz Europa.

- Gut formulierte Schutzstandards sind jedoch nur wenig wert, wenn ihre Durchsetzung nicht erfolgt. Für die Durchsetzung
- 195 europäischen Rechts sind grundsätzlich die Mitgliedstaaten zuständig. Angesichts der Durchsetzungsdefizite in einigen Mitgliedstaaten ist es erforderlich, in Politikbereichen, die uns

wichtig sind, die Durchsetzung auf die europäische Ebene zu heben.

200

Nach dem Vorbild der Wettbewerbskontrolle, die bei der Europäischen Kommission angesiedelt ist und die den innereuropäischen Wettbewerb sehr effektiv sichert, wollen wir eine EU-Arbeitsinspektion schaffen, die die Einhaltung der sozialen und arbeitsrechtlichen Mindeststandards in den Mitgliedstaaten kontrollieren und sanktionieren darf.

205

Wandel aktiv gestalten – Die Herausforderung der Digitalisierung annehmen

210

Neue digitale Technologien verändern unser aller Leben und unsere Gesellschaft. Weltweit vernetzen wir uns, privat und öffentlich, in der Freizeit und in der Arbeit. Wir wollen diesen digitalen Wandel in Europa aktiv und sozial gestalten, damit alle Menschen davon profitieren. Wir wollen unsere sozialen Werte in die digitale Welt übertragen. Dafür benötigen wir einen verlässlichen Rechtsrahmen, der die faire Entlohnung digitaler Arbeit sichert und gewährleistet, dass globale Internetkonzerne unsere Regeln im Verbraucher- und Datenschutz sowie im Urheberrecht einhalten.

215

220

Wir wollen, das unsere sozialen Werte ~~in die digitale Welt übertragen~~ auch in der digitalen Welt Gültigkeit haben.

Wir wollen bestehende Grenzen im digitalen Binnenmarkt abbauen, solange dadurch unsere sozialen Errungenschaften nicht in Frage gestellt werden. Wir fordern deshalb eine digitale Teilhabe und einen umfassenden Zugang zu digitalen Diensten und Märkten für Europas Bürgerinnen und Bürger und unsere Unternehmen sowie einen Abbau von regulierungsbedingten Barrieren in den Mitgliedstaaten, um damit einen fairen und sozialen Wettbewerb in europäischen Binnenmarkt herzustellen. Die hierfür notwendigen Regeln wollen wir auf europäischer Ebene für alle Mitgliedstaaten schaffen.

225

230

Die Nutzung von eGovernment-Lösungen soll zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger, der Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung erfolgen und neue grenzübergreifende Möglichkeiten eröffnen. Sie sollen dagegen kein Einfallstor werden, um Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst abzubauen und Serviceleistungen zu kürzen.

235

... Möglichkeiten eröffnen sowie zu mehr Bürger*innenbeteiligung führen. Sie sollen ...

Als Industrieregion wollen wir unsere Unternehmen bei der erfolgreichen Umsetzung der Digitalisierung unterstützen. Dazu müssen Big-Data-Lösungen, Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze oder Cloud-Computing in vollem Umfang nutzbar gemacht werden. Wir fordern zudem eine stärkere und grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Forschung und Entwicklung von Zukunftsbereichen in Europa und eine bessere Förderung von neuen Schlüsselindustrien in wichtigen Zukunftsbereichen, wie Cybersicherheit, Robotik und künstlicher Intelligenz. Wir wollen, dass neue Technologien den Menschen und unserer Umwelt dienen. Dazu müssen wir den

240

245

250

... gemacht werden. Neben dem Verbraucherdatenschutz ist dabei auch der Beschäftigtendatenschutz zu beachten. Wir fordern zudem...

~~Dazu müssen wir den digitalen Wandel in~~

digitalen Wandel in die richtige Richtung lenken.

~~die richtige Richtung lenken.~~

255 **Finanzielle Spielräume für die Verteilungsgerechtigkeit in den Mitgliedstaaten sichern**

Die Verwirklichung unserer Vision eines sozialen und gerechten Europas verlangt, jenseits der Setzung von Mindeststandards, auch Verteilungsgerechtigkeit zwischen Wohlhabenderen und
260 weniger Wohlhabenden. Die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit ist die zentrale Aufgabe der Mitgliedstaaten. Die EU hat weder die finanziellen Mittel noch die Kompetenzen, um spürbar umverteilen zu können. Die EU kann und muss jedoch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass
265 es in Europa gerecht zugeht und die Finanzkraft der Mitgliedstaaten erhalten bleibt.

In unserem Europa der Zukunft werden wir dem schädigenden Steuerwettbewerb der Mitgliedstaaten untereinander einen
270 Riegel vorschieben. Hierzu muss einerseits den Möglichkeiten für Unternehmen, sich der Besteuerung in den Mitgliedstaaten zu entziehen, ein Ende bereitet werden.

Daher halten wir eine verpflichtende, länderbezogene
275 Steuertransparenz von Konzernen für unabdingbar. Auch müssen die Besteuerungsgrundlagen und die Steuersätze im Bereich der Unternehmensbesteuerung angeglichen werden. Hierzu wollen wir zunächst eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage erreichen, die den
280 ersten Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel einer unionsweit einheitlichen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage ist.

285 Mit Blick auf die Steuersätze wollen wir einen einheitlichen Körperschaftsteuer-Korridor auf europäischer Ebene schaffen, der den Mitgliedstaaten oberhalb eines Mindeststeuersatzes noch Spielräume bei der Festsetzung des Steuersatzes belässt.

290 Schließlich treten wir für die Einführung der Finanztransaktionssteuer ein und akzeptieren zunächst die Beschränkung auf eine Teilgruppe von Mitgliedstaaten, aber mit dem Ziel einer unionsweiten Einführung, deren Aufkommen
295 dem Unionshaushalt zukommt.

Für eine soziale Währungsunion

Ein soziales und gerechtes Europa verlangt eine Währungsunion, die dem sozialen, wirtschaftlichen und territorialen
300 Zusammenhalt verpflichtet ist. Dort, wo die europäische Rechtsetzung den Mitgliedstaaten die Möglichkeit nimmt, ihre Wettbewerbsfähigkeit in Wirtschaftskrisen mit geldpolitischen

Hierzu wollen wir ~~zunächst~~ eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage erreichen, die den ersten Schritt auf dem Weg zu unserem Ziel einer unionsweit einheitlichen Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage ist.

~~Dort, wo die~~ Die europäische Rechtsetzung nimmt den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ~~nimmt~~, ihre Wettbewerbsfähigkeit in

305 Maßnahmen wie der Abwertung der eigenen Währung (und den
damit einhergehenden massiven sozialen Verwerfungen) oder
mit fiskalpolitischen Maßnahmen aufgrund des Verbots einer
jährlichen Nettoneuverschuldung von mehr als 0,5% des
jeweiligen BIP (wie es der Fiskalpakt vorschreibt)
wiederherzustellen, muss die europäische Ebene Maßnahmen
310 zur Verfügung stellen, die es diesen Mitgliedstaaten
ermöglichen, ein Absinken in die wirtschaftliche Depression zu
verhindern. Austerität, bei der eine internationale Organisation
außerhalb des EU-Rechts, wie der Europäische
Stabilitätsmechanismus (ESM), Kredite vergibt gegen die
315 Bedingung, einseitig Ausgaben in nicht hinnehmbarer Art und
Weise zu kürzen und Politikreformen in dem Empfängerstaat
durchzusetzen, ist dabei der falsche Weg.

Wir wollen daher einen Haushalt für die Eurozone schaffen, der
320 als Unterteil des EU-Haushalts, Maßnahmen finanziert, die
eingreifen, wenn ein Mitgliedstaat der Eurozone von einer
Wirtschaftskrise getroffen ist. Als Teil des Unionshaushalts
unterliegt der Eurozonen-Haushalt der Kontrolle des
Europäischen Parlaments. Der Euro ist die Währung der
325 gesamten EU. Wir erteilen deshalb Versuchen, eine Spaltung der
EU-Institutionen durch Schaffung neuer Institutionen, in denen
nur noch die Euro-Mitgliedstaaten vertreten sind, eine deutliche
Absage. Der EU-Haushalt selbst soll in der kommenden
Finanzierungsperiode auf 1,3% des BIP in der EU anwachsen.
330 Mittelfristig wollen wir ein weiteres Anwachsen des
Unionshaushalts in dem Maße erreichen, dass die
Handlungsfähigkeit der EU gewährleistet ist. Der Eurozonen-
Haushalt soll unter anderem ein zentrales Leuchtturmprojekt auf
dem Weg zu einer gleichen sozialen Absicherung aller
335 Unionsbürger*innen finanzieren: Die EU-
Arbeitslosenversicherung.

Die EU-Arbeitslosenversicherung greift als Rückversicherung
340 der nationalen Arbeitslosenversicherungen unterstützend ein,
wenn in einem Mitgliedstaat die Arbeitslosigkeit signifikant
ansteigt. Konkret bedeutet dies: Die EU-
Arbeitslosenversicherung übernimmt, nachdem in einem
Mitgliedstaat die Arbeitslosigkeit in einem Quartal im Verhältnis
345 zum Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre signifikant
höher steigt, automatisch die durch die Arbeitslosigkeit
verursachten Kosten einer Person in Form eines Zuschusses an
die nationale Arbeitslosenversicherung.

350 Die Höhe des Zuschusses wird von der EU-
Arbeitslosenversicherung selbst in Form eines eigenen
Referenzwert im Verhältnis zum vorherigen
Bruttomonatseinkommen und einer Höchstbezugsdauer
festgelegt. Die hieraus entstehenden Kosten für die EU-
355 Arbeitslosenversicherung sollen im Krisenfall 0,2% des BIP der
Eurozone nicht übersteigen. Zu ihrer Finanzierung kommen

Wirtschaftskrisen mit geldpolitischen
Maßnahmen wie der Abwertung der eigenen
Währung (und den damit einhergehenden
massiven sozialen Verwerfungen) oder mit
fiskalpolitischen Maßnahmen aufgrund des
Verbots einer jährlichen
Nettoneuverschuldung von mehr als 0,5%
des jeweiligen BIP (wie es der Fiskalpakt
vorschreibt) wiederherzustellen. Deshalb
muss die europäische Ebene Maßnahmen
zur Verfügung stellen, die ...verhindern.
Austerität ...

... Europäischen Parlaments. ~~Der Euro ist
die Währung der gesamten EU. Wir erteilen
deshalb Versuchen, eine Spaltung der EU-
Institutionen durch Schaffung neuer
Institutionen, in denen nur noch die Euro-
Mitgliedstaaten vertreten sind, eine
deutliche Absage.~~ Der EU-Haushalt ...

Für eine EU-Arbeitslosenversicherung

... festgelegt. ~~Die hieraus entstehenden
Kosten für die EU-Arbeitslosenversicherung
sollen im Krisenfall 0,2% des BIP der~~

steuerfinanzierte Möglichkeiten sowie die Möglichkeit, an den Kapitalmärkten Kapital aufzunehmen, in Frage. Das Arbeitslosengeld, das die betroffenen arbeitssuchenden Personen erhalten, wird weiterhin von den nationalen Arbeitslosenversicherungen in Höhe und Bezugsdauer festgelegt und ausgezahlt. Diese bleiben damit frei darin, höhere Werte als die EU-Arbeitslosenversicherung anzusetzen. Die hieraus entstehenden zusätzlichen Kosten werden dann auch im Krisenfall weiterhin aus den Mitteln der nationalen Arbeitslosenversicherung getragen. Perspektivisch kann diese Rückversicherung in eine EU-Arbeitslosenversicherung ausgebaut werden, die - neben den nationalen Arbeitslosenversicherungen - Versicherungsleistungen an arbeitssuchende Unionsbürger*innen direkt auszahlt. Neben einer EU-Arbeitslosenversicherung soll der Eurozonen-Haushalt öffentliche Investitionen in Krisenstaaten finanzieren, die andernfalls nicht getätigt oder aufrechterhalten werden würden.

375

Neben dem Eurozonen-Haushalt bleibt die Kreditvergabe an notleidende Mitgliedstaaten der Eurozone weiterhin notwendig. Der ESM soll hierfür als ein Europäischer Währungsfonds (EWF) in das EU-Recht überführt und der Kontrolle des Europäischen Parlaments unterstellt werden. Das Europäische Parlament muss das politische Verhandlungsmandat des EWF mit der Regierung eines notleidenden Mitgliedstaats beschließen und ein Vetorecht für die Vergabe von Krediten erhalten. Soziale Kriterien werden dabei verpflichtend als Politikbedingungen festgeschrieben, die der EWF bei der Ausreichung von Krisenkrediten berücksichtigen muss.

Auf der Grundlage, dass Krisenvorbeugung besser und kostengünstiger ist als Krisenheilung, muss es für Mitgliedstaaten möglich sein, beim EWF finanzielle Unterstützung zu beantragen und unter weniger einschneidenden Politikbedingungen zu erhalten, um eine sich andeutende Krise im Vorhinein abzuwenden.

395

Zur weiterhin erforderlichen Lösung der massiven Überschuldung einzelner Euro-Mitgliedstaaten brauchen wir eine echte Entschuldungsmöglichkeit für diese Mitgliedstaaten. Wir setzen uns daher für einen Schuldentilgungsfonds ein, in den die überschuldeten Staaten einen Anteil ihrer Schulden auslagern können. Die hieran teilnehmenden Mitgliedstaaten verpflichten sich, über einen festgelegten Zeitraum ihre ausgelagerten Schulden abzutragen.

405 **Europäische Perspektiven für junge Menschen schaffen**

Ein soziales und gerechtes Europa muss Chancen und Perspektiven für junge Menschen schaffen. Ein konkretes Leuchtturmprojekt ist für uns die Schaffung eines einklagbaren

~~Eurozone nicht übersteigen. Zu ihrer Finanzierung kommen steuerfinanzierte Möglichkeiten sowie die Möglichkeit, an den Kapitalmärkten Kapital aufzunehmen, in Frage. Das Arbeitslosengeld, das ...~~

Für einen europäischen Währungsfonds

- 410 Rechts auf Qualifizierung und Weiterbildung in allen Mitgliedstaaten. Zu dessen praktischer Umsetzung stehen die Mittel der europäischen Jugendgarantie aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Darüber hinaus wollen wir einen EU-Fonds für Ausbildungs- und Arbeitsmigration schaffen.
- 415 Dieser finanziert die Kosten der Freizügigkeit für Ausbildung und Arbeitsuche von qualifikation- und arbeitsuchenden Unionsbürger*innen.

- Voraussetzung für den Zugang zu diesem Fonds ist der
- 420 Abschluss eines europäischen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrags. Unionsbürger*innen, die ein derartiges Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis eingegangen sind, müssen im Fall einer hierauf folgenden Arbeitslosigkeit nicht Mittel der mitgliedstaatlichen sozialen Sicherung in Anspruch nehmen und
- 425 verlieren dementsprechend auch nicht ihr Aufenthaltsrecht in diesen Staaten.

- Wir wollen den Austausch zwischen jungen Menschen in der EU stärken. Gemeinsam schaffen sie die europäische
- 430 Zivilgesellschaft von morgen. Die unter Erasmus+ zusammengefassten Programme – das Studierendenaustauschprogramm Erasmus, das Master- und Doktorandenprogramm Erasmus Mundus, Erasmus für Jungunternehmer*innen, ErasmusPro für Auszubildende,
- 435 Comenius für Schulbildung, Leonardo da Vinci für Berufsbildung und Grundtvig für Erwachsenenbildung – wollen wir weiter ausbauen, um noch mehr junge Menschen zusammenzubringen.

440 **Rechtsstaatlichkeit sichern – für ein Europa der Werte**

- Europa ist eine Wertegemeinschaft und keine Interessengemeinschaft. Unsere Werte sind die Menschenrechte, die Demokratie, der Sozialstaat und der Rechtsstaat. Wir sehen
- 445 mit größter Beunruhigung, wie diese Werte von einer leider wachsenden Zahl an Regierungen in den Mitgliedstaaten missachtet werden. Die EU darf dieser Missachtung ihrer Werte nicht handlungsunfähig gegenüber stehen, auch wenn wir wissen, dass der Lissabonner Vertrag der EU nur wenig
- 450 Handlungsmöglichkeiten an die Hand gibt. Wir wollen ein zentrales Monitoring der Einhaltung der Werte der EU durch die Europäische Kommission schaffen. Auf Grundlage dieser Monitoringwerte sollen Fördermittel aus den EU-Fonds für Mitgliedstaaten gekürzt, komplett eingefroren und
- 455 Rückzahlungen nicht abgerufener Mittel verweigert werden, wenn die Grundwerte nicht eingehalten werden.

2. Europa als Schutzort vor Terror und Verfolgung

- 460 Unser Europa der Zukunft ist ein Schutzort gegen Terror und Verfolgung. Wir bekennen uns zum Recht auf Asyl als Individualrecht und zu unseren offenen Binnengrenzen. Wir

... Interessengemeinschaft. ~~Unsere Werte sind die~~ Wir stehen für Menschenrechte, die Demokratie, den Sozialstaat und den Rechtsstaatstaatlichkeit. Wir sehen ...

Unser Europa der Zukunft ~~ist ein Schutzort~~ bietet Schutz gegen Terror und Verfolgung. Wir bekennen uns ...

achten internationale Flüchtlings- sowie
Menschenrechtskonventionen, ebenso wie die UN-
465 Kinderrechtskonvention und die Gewährleistung der
Familienzusammenführung.

Der Umgang mit Geflüchteten, die Zuständigkeit für
Asylanträge (das sog. Dublin-System) und der Schutz unserer
470 Außengrenzen gehören bereits seit geraumer Zeit zu den größten
Konfliktthemen innerhalb der EU. Unsere Vision ist ein
Gemeinsames Europäisches Asylsystem, das bestehende
Konflikte befriedet, Humanitätskrisen solidarisch bewältigt und
sowohl für Geflüchtete als auch die Bürgerinnen und Bürger
475 Europas klar und verständlich ist.

Der Schutz der Außengrenzen der Europäischen Union ist die
Voraussetzung für offene Binnengrenzen und Gewährleistung
von Sicherheit innerhalb der Europäischen Union. Ebenso wie
480 unser Engagement an den Außengrenzen die Bürgerinnen und
Bürger Europas vor Gefahren schützen muss, müssen diese
durchlässig sein für Menschen, die Perspektiven oder Schutz
suchen.

485 Hierfür gibt es, in unserem Europa der Zukunft, zwei
transparente und verlässliche Wege in die Europäische Union:
Das Recht auf Asyl für Schutzbedürftige und die Zuwanderung
von Drittstaatsangehörigen über ein europäisches
Einwanderungsgesetz. Ziel des europäischen
490 Einwanderungsgesetzes ist es, dass Menschen aus allen
Bevölkerungsschichten die reale Möglichkeit haben, legal nach
Europa einzuwandern. Daher soll es zwar im Schwerpunkt die
Zuwanderung von Personen ermöglichen, die über wichtige
berufliche Qualifikationen verfügen, für die es in der EU eine
495 Nachfrage gibt. Darüber hinaus müssen jedoch auch Menschen,
die gering oder (noch) nicht qualifiziert sind, die Chance
erhalten, in die EU legal einzuwandern, ohne auf das Asylrecht
verwiesen zu werden. Hierzu orientieren wir uns an einem
Punktesystem für den Zugang zur Europäischen Union. Das
500 europäische Einwanderungsgesetz muss klare und vereinfachte
Verfahren zur Anerkennung von beruflichen und akademischen
Qualifikationen aus Drittstaaten enthalten, so dass es Menschen,
die zu uns kommen, schneller möglich wird, in ihrem Beruf
Arbeit zu finden und auf eigenen Beinen zu stehen.

505

510

515

... Daher soll es zwar im Schwerpunkt die
Zuwanderung von Personen ermöglichen,
die bereits über wichtige berufliche
Qualifikationen verfügen, für die es in der
EU eine Nachfrage gibt. Darüber hinaus
müssen jedoch auch Menschen, die gering
oder (noch) nicht qualifiziert sind, ~~die
Chance erhalten, in die EU legal
einzuwandern, ohne auf das Asylrecht
verwiesen zu werden~~ diese Qualifikation in
der EU erwerben können. Hierzu ~~orientieren
wir uns an einem~~ brauchen wir ein
praktikables Punktesystem für den Zugang
zur Europäischen Union. Das europäische
Einwanderungsgesetz muss klare und
vereinfachte Verfahren zur Anerkennung
von beruflichen und akademischen
Qualifikationen aus Drittstaaten enthalten,
so dass es Menschen, die zu uns kommen,
schneller möglich wird, in ihrem Beruf
Arbeit zu finden und auf eigenen Beinen zu
stehen. Wir wollen auch weiterhin
Resettlement-Programme (die dauerhafte
Neuansiedlung in einem zur Aufnahme

bereiten Drittland) auflegen, um über das Einwanderungsgesetz hinaus Ansiedlung möglich zu machen.

520 Das Recht auf Asyl verpflichtet uns, legale und sichere Wege für
schutzsuchende Menschen zu schaffen. Tausende Menschen
sterben jährlich auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer.
Niemand sollte sich in Lebensgefahr bringen müssen, um einen
Antrag auf Asyl stellen zu können. Deshalb fordern wir
525 einerseits ein EU-Seenotrettungsprogramm und werden
andererseits sichere Orte schaffen, die die Beantragung eines
humanitären Visums ermöglichen. Botschaften der EU-
Mitgliedstaaten bieten dafür bereits heute die passenden
Voraussetzungen.

530 Ein humanitäres Visum erlaubt es dem/der Inhaber*in legal, und
sicher in einen europäischen Mitgliedstaat einzureisen und dort
einen Asylantrag zu stellen. Die rechtlichen Voraussetzungen für
humanitäre Visa liegen bereits jetzt vor, werden von den
535 Mitgliedstaaten allerdings selten genutzt. Sie sind jedoch ein
wichtiges Leuchtturmprojekt für ein humanes europäisches
Asylsystem und im Kampf gegen das menschenverachtende
Schlepperunwesen.

... wichtiges ~~Leuchtturmprojekt~~ Instrument
für ein humanes ...

540 Unser langfristiges Ziel ist es, ein gemeinsames Europäisches
Asylsystem zu schaffen, verknüpft mit einer solidarischen und
gerechten Verteilung von Geflüchteten. Voraussetzung hierfür
ist die Schaffung einer echten europäischen Asylagentur. Diese
bescheidet die Asylgesuche innerhalb Europas und setzt
545 Vorgaben für einen menschenwürdigen Umgang mit
Geflüchteten, wie bei einheitlichen Standards für Unterbringung
und Leistungen für Asylbewerber*innen.

Wichtige Leuchtturmprojekte zur Bewältigung der
550 Humanitätskrise innerhalb Europas sind demnach, das
Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) zu
einer europäischen Asylagentur auszubauen, einheitliche
Verfahren und Bedingungen für Anerkennung, Aufnahme und
Rückführung zu schaffen, sichere Wege in die Europäische
555 Union für Geflüchtete zu garantieren, einheitliche Standards zur
Unterbringung und Leistung für Asylbewerber*innen zu
vereinbaren und eine solidarische und gerechte Verteilung der
Verantwortung für Geflüchtete auf die Mitgliedsstaaten der
Europäischen Union.

560 Um bei der Verteilung von Geflüchteten den konfliktbedingten
Stillstand aufzulösen, wollen wir für die Kommunen die
Voraussetzung schaffen bei der Aufnahme von
Asylbewerber*innen voranzugehen. In unserem Europa der
565 Zukunft wird die Übernahme von Verantwortung durch
Investitionen in den Zusammenhalt der Gemeinschaft belohnt.

Im konkreten Fall werden wir einen kommunalen Integrations-

und Entwicklungsfonds einführen, der die Lebenssituation aller
570 Gemeindemitglieder, zum Beispiel durch Verbesserungen der
kommunalen Daseinsvorsorge und der Infrastruktur, verbessert.

Auch wenn wir die mangelnde Verantwortungsübernahme
einiger Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei der
575 Aufnahme von Geflüchteten verurteilen, lehnen wir
Sanktionsmechanismen zum aktuellen Zeitpunkt ab.
Grundsätzlich gilt, dass diejenigen, die Solidarität üben, im EU-
Haushalt begünstigt werden, und dass Solidaritätsverweigerung
580 immer Haushaltseinschränkungen für die Verweigerer nach sich
zieht. Wir setzen auf eine Befriedung der Situation und auf das
Vorgehen der Kommunen Europas. Dies ist uns vor allem
deshalb wichtig, weil erst eine EU, die solidarisch und
arbeitsteilig Humanitätskrisen bewältigt, die Kraft finden wird
ihren Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Fluchtursachen,
585 internationalen sozialen Fortschritt und für Frieden in der Welt
zu legen.

Für ein Europa der inneren Sicherheit über die Grenzen der Europäischen Union hinaus

590 Wir Sozialdemokrat*innen sind von der Verantwortung der
Europäischen Union in der Welt überzeugt und wollen Europa
als sicheren Staatenverbund auf der Grundlage des Schengener
Abkommens weiter voran bringen. Hierzu bedarf es der
595 Stärkung von EUROPOL im so genannten „operativen Bereich“,
der verstärkten Vernetzung der staatlichen Polizeien der
Mitgliedsstaaten und Anrainer, der Förderung der Europäischen
Aus- und Fortbildung im Rahmen von CEPOL (Agentur der EU
für Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung)
600 auf allen Ebenen der Kriminalität und Prävention.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die
gesicherte Identitätsfeststellung des Einreisenden. Sie ist eine
wichtige Voraussetzung für die Sicherheit in Europa.

605

3. Ein Europa des Friedens und der verbindenden Werte

Unser Europa der Zukunft ist eine aktive Friedensmacht, achtet
und fördert die Menschenrechte, stärkt internationale
610 Institutionen und ist dem offenen und fairen Handel verpflichtet.
Die Voraussetzung hierfür ist eine Gemeinsame Außen- und
Sicherheitspolitik, die es erst ermöglicht, eine werteschaftende,
progressive und friedenspolitische Rolle in der Welt zu
übernehmen.

615

Wir stehen zum Völkerrecht und zu den Vereinten Nationen als
einzigartige universale Organisation, die es ermöglicht, die
Beziehungen der Staaten untereinander zu verbessern. Deshalb
wollen wir die Vereinten Nationen finanziell, personell und in
620 ihrer Organisationsstruktur stärken und verbessern. Dies gilt
insbesondere im Umgang mit internationalen Konflikten im UN-

~~Auch wenn wir die mangelnde
Verantwortungsübernahme einiger
Mitgliedstaaten der Europäischen Union bei
der Aufnahme von Geflüchteten verurteilen,
lehnen wir Sanktionsmechanismen zum
aktuellen Zeitpunkt ab. Grundsätzlich gilt,
dass diejenigen, die Solidarität üben, im
EU-Haushalt begünstigt werden, und dass
Solidaritätsverweigerung immer
Haushaltseinschränkungen für die
Verweigerer nach sich zieht. Wir setzen ...~~

Sicherheitsrat. Die Vereinten Nationen können ihre ordnungs- und friedenspolitische Macht nur entfalten, wenn das Veto-Recht bei Völkermorden, massenhaften Verbrechen und Grausamkeiten gegen die Menschlichkeit eingeschränkt wird. Hierfür wollen wir uns als Europäische Union gemeinsam einsetzen. Damit die EU in diesem wichtigen Gremium in ihrer Gesamtheit vertreten ist, ist ein ständiger Sitz für die EU im UN-Sicherheitsrat ein wichtiges Leuchtturmprojekt.

630 Neue Konfliktlagen und sicherheitspolitische Herausforderungen brauchen eine europäische Antwort. Wir wollen deshalb die Europäische Sicherheitspolitik weiterentwickeln und die notwendigen Voraussetzungen für ein gemeinsames Vorgehen schaffen.

Hierzu gehört auch der Aufbau einer Europäischen Armee, die jedoch als Parlamentsarmee dem Europäischen Parlament unterstellt ist. Militärische Interventionen sind für uns das absolut allerletzte Mittel.

In unserem Europa der Zukunft kommt der gewaltfreien Konfliktbearbeitung in Konflikt- und Krisenländern ein großer Stellenwert zu. Unser Ziel ist ein Europäischer Ziviler Friedensdienst als Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen.

Wir verschließen die Augen nicht bezüglich unseres Anteils an Krisen und Konflikten in der Welt. Um unserer friedensschaffenden Verantwortung gerecht zu werden, werden in unserem Europa der Zukunft Rüstungsexporte nur in Staaten genehmigt, die unsere Werte teilen.

Unsere Agrar- und Handelspolitik nimmt eine zentrale Rolle in unserer koordinierten europäischen Außenpolitik ein. Sie müssen auf klaren Werten beruhen und fortschrittliche Standards schaffen, für Rechtsstaatlichkeit, für Arbeitnehmer*innen, die Umwelt und für Verbraucher*innen. Unsere Vision ist ein internationales Handelsregime, das diesen Werten unterworfen ist.

Ein wichtiges Leuchtturmprojekt auf dem Weg dorthin und weitreichendes politisches Signal wäre die Überprüfung bisheriger Handelsabkommen, insbesondere mit Afrika und eine entsprechende Neuausrichtung künftiger Verhandlungsmandate für Handelsabkommen und der europäischen Agrarpolitik und -subventionierung.

Das Europa der Zukunft steht zu seinen Verpflichtungen in der Entwicklungszusammenarbeit und für seine Verantwortung in Afrika. Wir pochen darauf, dass mindestens 0,7% des europäischen Bruttonationaleinkommens in die Entwicklungszusammenarbeit fließen muss. Aktuell liegt der Anteil bei 0,43%. Außerdem brauchen wir eine Koordinierung

675 und bessere Zusammenarbeit der Entwicklungszusammenarbeit
der Mitgliedstaaten Das vorrangige Ziel der EU-
Entwicklungspolitik bleibt die nachhaltige Beseitigung von
Armut und orientiert sich an den Millenniumszielen der
680 Vereinten Nationen. Wir setzen auf Selbstbestimmung der
benachteiligten Menschen in Entwicklungsländern im
Entwicklungsprozess und auf Entwicklung durch
Zusammenarbeit. Unsere Beziehungen in der
Entwicklungszusammenarbeit sollen nicht auf
685 Mobilitätspartnerschaften mit Herkunfts- und Transitländern von
Geflüchteten reduziert sein. Stattdessen wollen wir die
Entwicklungspotentiale dieser Länder in Betracht nehmen und
konkret fördern.

4. Fit für die nächste Etappe: Ein Grundgesetz für Europa

690 Das "Betriebssystem" der Europäischen Union ist überaltert. Die
Politikkrisen des vergangenen Jahrzehnts in Gestalt der
Finanzkrise, der Schuldenkrise, der Migrationskrise und der
Brexit-Krise haben die Herausforderungen deutlich werden
695 lassen, vor denen wir heute stehen. Wir müssen die EU
handlungsfähiger machen, um den Herausforderungen der
heutigen Zeit besser gerecht werden zu können. Wir müssen der
EU die demokratische Legitimation verleihen, die sie benötigt,
um entschieden handeln zu können.

700 Dort, wo die Menschen ein gemeinsames europäisches Handeln
erwarten, kann die EU vielfach nicht liefern. Ihr fehlen entweder
die Kompetenzen oder ihre Beschlussverfahren versagen. Dort,
wo die EU im weitesten Sinne handeln kann, empfinden die
705 Menschen vielfach ein Legitimationsdefizit. Wir brauchen
deswegen einen neuen Vertrag für Europa, der den Lissabonner
Vertrag ablöst und die Handlungsfähigkeit der EU verbessert.

Wir wollen hierzu in der kommenden Wahlperiode einen
710 Konvent einberufen, der ein Grundgesetz für Europa entwirft.
Diesen Entwurf wollen wir anschließend mittels einer
unionsweiten Volksabstimmung den Unionsbürger*innen zur
Abstimmung stellen.

715 Für eine größere Handlungsfähigkeit der EU

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der EU in den Politikfeldern
erhöhen, in denen die Bürger*innen ein gemeinsames politisches
Handeln auf europäischer Ebene erwarten. Hierzu soll die EU
720 eine Kompetenz erhalten, eigene Steuern erheben zu können, um
auf der Einnahmenseite vom Gutdünken der Mitgliedstaaten
unabhängig zu werden. In der Beschäftigungs- und
Wirtschaftspolitik sollen die Maßnahmen, die die EU erlassen
kann, mit rechtlicher Bindungswirkung ausgestattet werden, um
725 so die Durchsetzung dieser Maßnahme durch die europäischen
Gerichte zu ermöglichen. Wir wollen europaweit Mindestlöhne
setzen, ohne damit in die Tarifautonomie in den Mitgliedstaaten

einzugreifen. Der EU soll die hierfür bislang nicht vorhandene ausdrückliche Rechtsetzungskompetenz erhalten.

730

Schließlich wollen wir das Durchsetzungsdefizit europäischen Rechts angehen, indem wir die Voraussetzungen, nach denen die EU selbst ihr Recht in den Mitgliedstaaten durchsetzen kann, vereinfachen. Dabei müssen die mit der Durchsetzung

735 beauftragen EU-Einrichtungen vollumfänglich gegenüber dem Europäischen Parlament verantwortlich sein.

In unserem Europa der Zukunft hat das Europäische Parlament ein Gesetzesinitiativrecht und ist nicht mehr davon abhängig,

740 dass die Europäische Kommission mit einem Entwurf ein

Gesetzgebungsverfahren einleitet. Sämtliche Gesetzgebungsverfahren, in denen heute noch eine Einstimmigkeit im Rat verlangt wird, wollen wir auf eine qualifizierte Mehrheit umstellen.

745

Die Einhaltung unserer europäischen Werte steht im Zentrum all unseres Handelns. Eine schwerwiegende Verletzung der Werte der Europäischen Union (Artikel 7 EUV) soll künftig mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit im Europäischen Rat auch auf Vorschlag

750 des Europäischen Parlaments festgestellt werden können. Auf

Grundlage dieser Feststellung soll der Rat auf Vorschlag der Kommission oder des Europäischen Parlaments mit qualifizierter Mehrheit bestimmte Rechte von Mitgliedstaaten, die diese Werte verletzen, einschließlich des Stimmrechts, mit

755 aussetzen können.

Für eine demokratische EU

Das Europäische Parlament ist der Ort, in dem das

760 Legitimationsdefizit der EU aufgehoben wird. Alle

Unionsbürger*innen müssen im Europäischen Parlament gleichmäßig repräsentiert werden. Hierzu müssen wir uns davon verabschieden, dass die Europaabgeordneten sich aus mitgliedstaatlichen Kontingenten rekrutieren. In unserem Europa

765 der Zukunft sind die Abgeordneten die Repräsentant*innen aller

Unionsbürger*innen und zwar unabhängig von sowohl der Herkunft der Unionsbürger*innen als auch der Abgeordneten.

Dies wollen wir erreichen durch die Schaffung transnationaler Listen der europäischen Parteien. Die europäischen politischen

770 Parteien sind künftig gefordert, die regionale Repräsentanz in ihren Listenvorschlägen sicherzustellen.

Darüber hinaus soll die EU in Wahlkreise aufgeteilt werden, die auch grenzüberschreitend sein können. Ein Europäisches

775 Parlament, das dem Prinzip der Wahlgleichheit entspricht,

verfügt über eine ausreichende Legitimation, um EU-Eigensteuern zu erheben und deren Verwendung im Unionshaushalt zu bestimmen und zu kontrollieren.

780 Wir wollen ein vollständiges Haushaltsrecht für das Europäische

Parlament, bei dem auch die Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterstellt wird.

785 Der Rat soll als Organ der Vertreter*innen der Mitgliedstaaten die zweite Kammer des Europäischen Parlaments werden.

Der Rat soll als Organ der Vertreter*innen der Mitgliedstaaten ~~die zweite Kammer des Europäischen Parlaments werden~~ als Länderkammer an der Gesetzgebung beteiligt sein.

790

Die Europäische Kommission ist in unserem Europa der Zukunft eine echte europäische Regierung. Wir wollen, dass die Person des/der Kommissionspräsident*in vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt wird. Wir begrüßen das heutige

795 "Spitzenkandidaten*innen"-Verfahren, in dem die europäischen Parteifamilien eine/n Spitzenkandidat*in für das Amt des/der Kommissionspräsident*in aufstellen als einen ersten Schritt in diese Richtung und wollen auch für die Europawahl 2019 daran festhalten.

Die Kommission ist auf eine aufgabengerechte Größe zu reduzieren und die Ressorts sollen nach den politischen Funktionen und nicht nach dem Repräsentationsprinzip zusammengesetzt sein. In einem späteren, in der Zukunft liegenden nächsten Schritt soll die Anzahl an Kommissar*innen nicht mehr im Vorhinein festgelegt sein. Der/Die Kommissionspräsident*in legt dann die Anzahl an Kommissar*innen immer mit Bezug auf das konkret abzudeckende Politikfeld fest. Bei der Reform der Kommission wollen wir das Prinzip der Kollektivverantwortung der Kommission abschaffen, so dass das Europäische Parlament auch ein Misstrauensvotum gegen einzelne Kommissar*innen aussprechen kann. Dies gilt insbesondere bei der Einführung eines/r europäischen Finanzministers*in.

Unser Europa der Zukunft steht für eine vollständige Transparenz in den Gesetzgebungsverfahren. So richtig es ist, dass Rat, Europäisches Parlament und Kommission über das richtige Politikergebnis in einem Rechtsakt ringen, so bedeutsam ist es, dass die Bürger*innen nachvollziehen können, welche Institution in dieser Diskussion welche Positionen eingenommen hat.

Wir wollen deshalb, die sog. "Trilogie", bei denen bislang der Rat, das Europäische Parlament und die Kommission hinter verschlossenen Türen Gesetze vor der ersten Lesung verhandelt haben, transparent machen. Dazu gehört die verpflichtende Veröffentlichung der Verhandlungsdokumente, in denen die Positionen der einzelnen Institutionen dargelegt sind, nach Abschluss der Trilogsverhandlungen.

Unser Europa als Garant für Frieden

Bei allen Diskussionen, die wir über die Zukunft Europas

führen, dürfen wir eines nie vergessen: Die Europäische Union ist ein Glücksfall der Geschichte. Wir haben nicht nur Frieden geschaffen auf unserem kleinen Teil des europäischen Kontinents. Wir haben auch die Grundlagen für eine europäische Identität gelegt, die wir alle teilen. Wir haben diese gemeinsame europäische Identität. Sie beruht auf unseren gemeinsamen Werten: auf der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit, der Solidarität und der Gerechtigkeit. Diese Werteordnung weiter zu entwickeln ist unsere vornehmste Aufgabe.

Antragsbereich EUR/ Antrag 2

*Kennnummer 13892
Kreisverband Tübingen*

Struktur des Europawahlkampfes in Südwürttemberg

Struktur des Europawahlkampfes in Südwürttemberg

5 Der Europawahlkampf der SPD in Südwürttemberg wird mit einer dezentralen Kampagnenstruktur durchgeführt, die neben dem Kandidaten/der Kandidatin die Einrichtung von drei bis vier Europabüros vorsieht.

10 Die regionalen Europabüros sind für die Wahlkampfzubereitung, Organisation und Durchführung der umgebenden Kreisverbände zuständig.

Eines der Büros wird in Tübingen angesiedelt.

15 Die Europabüros erhalten finanzielle Mittel, um PraktikantInnen und Infrastruktur zu finanzieren.

Begründung:

20 Der Europawahlkampf der SPD in Südwürttemberg erfordert aufgrund der Ausdehnung der Region und der begrenzten Aussichten auf ein Mandat eine Strategie, die die Gegebenheiten vor Ort so nutzt, dass für die Partei ein möglichst gutes Ergebnis erzielt werden kann. Die Kampagne sollte deshalb das große
25 Potential der Mitglieder nutzen, die die SPD als Europa-Partei unterstützen möchten. Viele Neumitglieder der letzten eineinhalb Jahre haben als eine Motivation für den Beitritt die positive Europahaltung der SPD genannt. Sie brauchen

Struktur des Europawahlkampfes in Südwürttemberg

Überweisung an den Landesvorstand

30 Ansprechpersonen und eine gewisse Infrastruktur vor Ort, um sich wie gewünscht einzubringen.

Regionale Europabüros bieten den Vorteil, dass die Wege zur Kampagne und zur Kandidatin/ zum Kandidaten kürzer werden. Aktionen und Termine können an den Gegebenheiten vor Ort orientiert werden, Unterstützerinnen und Unterstützer in der Mitgliedschaft leichter angesprochen werden, Anfragen nichtparteilicher Akteure und der lokalen Presse besser eingeordnet und unter Umständen nach Rückkopplung direkt beantwortet werden.

40 Zudem hat sich gezeigt, dass Kampagnen und Aktivitäten, die einen Ortsbezug aufweisen, lokal stärker wahrgenommen werden. Gerade in der Kombination von Kommunalwahlkampf und Europawahlkampf liegt eine Chance, wenn es gelingt die Ebenen auch strukturell miteinander zu verknüpfen. Ein guter und sichtbarer Europawahlkampf kann – zumal in größeren Städten – auch zu einem guten Kommunalwahlergebnis beitragen.

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Mitglieder der Antragskommission

Heike Baehrens

Julien Bender

Sascha Binder

Lothar Binding

Daniel Born

Sonja Elser

Daniela Harsch

Rainer Hinderer

Lukas Hornung

Dorothea Kliche-Behnke

Birte Könnecke

Benjamin Köpfle

Christian Lange

Judith Marvi

Katja Mast

Dominique Odar

Sarah Pawlowski

Raphael Pfaff

René Repasi

Gabi Rolland

Martin Rosemann

Tanja Sagasser-Beil

Annette Sawade

Andrea Schiele

Lina Seitzl

Ralf Spörkel

Florian Wahl

Nico Waibel

Jonas Weber

Sebastian Weigle

René Repasi

Dorothea Kliche-Behnke

Lina Seitzl

Vorsitzender

Stellvertreterin

Stellvertreterin

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

www.spd-bw.de